

Agenda 2010

Mehr Gerechtigkeit durch eine mutige Reform

Durch die „Agenda 2010“ ist Deutschland gerechter geworden. Viele Bürger, die vorher vom Arbeitsmarkt praktisch ausgesperrt waren, bekamen durch die Reformen einen neuen Job und die Chance, am gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben. Das erklärte IW-Direktor Michael Hüther auf der IW-Veranstaltung „10 Jahre Agenda 2010 – Fluch oder Segen?“ am 7. März 2013 in Berlin. So sei die Zahl der Arbeitslosen von mehr als 5 Millionen in der Spitze inzwischen auf rund 3 Millionen gesunken. Gleichzeitig habe es mit 41,5 Millionen noch nie so viele Erwerbstätige gegeben wie heute. Die Kritik, bei den neuen Jobs handele es sich nicht um vollwertige, sondern um prekäre Beschäftigungsverhältnisse, lässt Hüther nicht gelten. Seit 2005 seien nämlich 2,7 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Wie wichtig und richtig die Reform war, zeige ein Blick über die Grenzen: In Frankreich liege die Jugendarbeitslosigkeit bei mehr als 20 Prozent; die Quote in Italien werde sogar auf etwa 35 Prozent beziffert gegenüber etwa 8 Prozent in Deutschland.

Besonders angesichts des demografischen Wandels darf laut Hüther der Reformwille nicht erlahmen. Hier stünden die gesetzliche Krankenversicherung und die Pflegeversicherung im Fokus. Als weitere mögliche Reformschritte nannte der IW-Direktor den Ausbau der Ganztagsbetreuung und des Angebots an Sprachkursen für Migranten, eine bessere Aktivierung von Arbeitslosen durch die Jobcenter, neue Hinzuverdienstregeln beim Arbeitslosengeld II und eine leichtere Befristung von Arbeitsverträgen. Hüther: „Wir können nichts Besseres tun, als den Weg der Agenda 2010 weiterzugehen – denn sie hat Deutschland gerechter gemacht.“

Ansprechpartner im IW: **Dr. Knut Bergmann, Telefon: 030 27877-110**

Viel gewagt und viel gewonnen

Agenda 2010. Vor genau zehn Jahren schwor Gerhard Schröder die Bundesbürger auf die größte Sozialreform in der Geschichte der Bundesrepublik ein. Die Agenda 2010 hat das Land zum Besseren verändert – auch wenn viele das nicht wahrhaben wollen.

„Alle Kräfte der Gesellschaft werden ihren Beitrag leisten müssen“, rechtfertigte der damalige Bundeskanzler die geplanten Reformen in seiner Erklärung am 14. März 2003. Um Deutschland wieder an die Spitze der wirtschaftlichen und sozialen

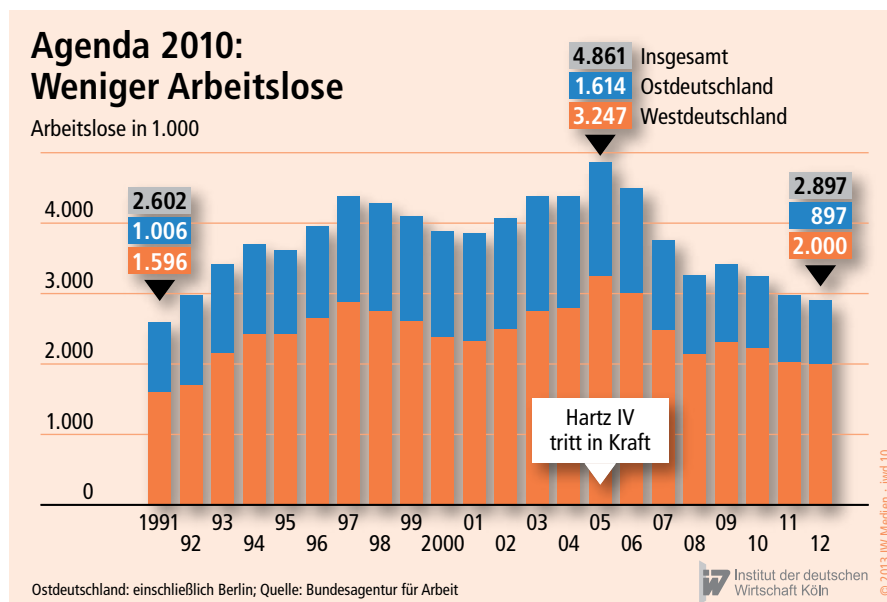
Entwicklung in Europa zu führen, „werden wir Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.“

Dass Schröder derart deutliche Worte wählte, hatte triftige Gründe.

Im Jahr 2003 war die Zahl der Arbeitslosen auf mehr als 4 Millionen gestiegen (Grafik), das Bruttoinlandsprodukt wuchs schon seit zweiinhalb Jahren nicht mehr und Arbeitnehmer wie Arbeitgeber mussten hohe Lohnzusatzkosten tragen. Abzulesen war das unter anderem daran, dass einerseits die unternehmerischen Investitionen und der private Konsum drastisch zurückgingen, andererseits der Staat unter ausufernden Sozialausgaben ächzte.

Heute, zehn Jahre später, ist die Agenda 2010 in der öffentlichen Wahrnehmung auf „Hartz IV“ zusammengeschrumpft – das war allerdings nur einer der 13 Reformbausteine, die damals von der Hartz-Kommission vorgeschlagen wurden. Für die Kritiker ist Hartz IV zugleich ein Synonym für ein staatlich verordnetes Armutsprogramm – die Fakten zeigen aber, dass Wirklichkeit und „gefühlte“ Wirklichkeit weit auseinanderliegen:

• **Agenda-Gesetzgebung.** Dazu zählt unter anderem die umstrittene Kürzung der Bezugsdauer von →



→ • Arbeitslosengeld für Ältere. Weil diese Gruppe derzeit maximal 18 Monate lang Arbeitslosengeld bekommt, haben sich Einzelne zwar verschlechtert, die Reform aber war konsequent. Denn die Arbeitslosenversicherung ist – wie die Krankenversicherung – nun einmal kein Sparvertrag, sondern sichert das Risiko der Arbeitslosigkeit für einen bestimmten Zeitraum ab.

• **Hartz I bis IV.** Die Reform der Minijobs hat es für viele Menschen wieder attraktiv gemacht, sich einen Job zu suchen – und sei es auch nur ein kleiner.

Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten stieg zwischen 2002 und 2004 um 600.000 auf insgesamt 4,8 Millionen und verharrt seitdem auf diesem Niveau.

Die Zahl der nebenberuflichen Minijobber wächst sogar noch immer – seit 2002 um 1,4 Millionen.

Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hat der Gesetzgeber das frühere Nebeneinander verschiedener Grundsicherungssysteme beendet – zu Recht, denn das hatte zu Doppelstrukturen,

Ineffizienz, Ungerechtigkeiten und sozialen Verschiebeparkplätzen geführt. Mit Hartz IV hat Deutschland nun eine soziale Grundsicherung, die für alle gleich hoch und konsequent bedürftigkeitsgeprüft ist; und die staatlichen Zuständigkeiten liegen weitgehend in einer Hand.

Der wichtigste – und gewollte – Effekt aber ist, dass Hartz IV für viele Menschen den Anreiz – für einige auch den Druck – erhöht hat, sich eine Arbeit zu suchen.

Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln hat allein die Hartz-IV-Reform die strukturelle, also konjunkturunabhängige Arbeitslosenquote um 1,4 Prozentpunkte gesenkt.

Als Hartz IV Anfang des Jahres 2005 in Kraft trat, erreichte die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland gerade einen historischen Höhepunkt: 5,3 Millionen waren es im Februar – aber nur drei Jahre und acht Monate später sank die Zahl erstmals seit November 1992 wieder unter die Marke von 3 Millionen.

Selbstverständlich war das nicht allein den Reformen zuzuschreiben,

sondern auch eine Folge der guten Konjunktur. Dennoch zeigt ein Vergleich mit dem New-Economy-Boom von 1998 bis 2000, dass die Arbeitslosigkeit im Aufschwung 2006 bis 2008 bei gleichem Wachstum weit stärker zurückgegangen ist. Mit anderen Worten: Die Agenda 2010 wirkt.

Das bestätigen auch die Beschäftigtenzahlen (Grafik):

Im Jahr 2008 zählte Deutschland erstmals mehr als 40 Millionen Erwerbstätige, inzwischen ist die Marke von 41,5 Millionen geknackt.

Dass es sich dabei mehrheitlich um prekäre Beschäftigungsverhältnisse handelt, ist zwar eine weit verbreitete Meinung – aber falsch: Von den 2,7 Millionen sozialversicherungspflichtigen Jobs, die seit dem Jahr 2005 geschaffen wurden, sind zwar tatsächlich viele Teilzeitstellen oder befristet. Doch genau diese Beschäftigungsformen sind gefragt: Wie eine Auswertung des Statistischen Bundesamts von 2012 gezeigt hat, will das Gros der Teilzeitbeschäftigten nichts anderes als Teilzeit arbeiten. Zwar wollen einige Teilzeiter ihre Arbeitszeit ausdehnen, allerdings ohne Vollzeit zu arbeiten.

Diese und andere Fakten werden von den Kritikern der Agenda 2010 schlichtweg ignoriert. Doch es gibt auch Lob und Anerkennung – vor allem aus dem Ausland. Dort fragt man sich staunend, wie Deutschland das geschafft hat. Denn während die meisten Länder seit Jahren entweder selbst in der Abwärtsspirale aus Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise gefangen sind – und mit teilweise extremen Konsequenzen zu kämpfen haben – oder aber zumindest indirekt darunter leiden müssen, gilt die Bundesrepublik geradezu als Insel der Seligen.

